deren Anträge sind nur redaktioneller Natur und haben keine besondere Bedeutung. Von Bayern aus sind Wünsche geltend gemacht worden, hinsichtlich seiner Wasserkräfte, die es sich nicht ohne weiteres nehmen lassen will. Sachsen hat versprochen, diese Anträge Bayerns zu unterstützen.

Lebensmittelkundgebungen in Zittau

In Zittau kam es heute vormittag zu großen Massenkundgebungen wegen der Lebensmittelnot, an denen sich auch die Arbeiterschaft der Umgegend beteiligte. Eine Abordnung der Demonstranten begab sich nach dem Rathause, wo sie vom Oberbürgermeister Külz und Amtshauptmann Richter empfangen wurden. Während der Verhandlungen stürmte eine Menge die Treppen und drang in den Sitzungssaal ein. Schließlich gelang es dem Oberbürgermeister und dem Amtshauptmann, sich Gehör zu verschaffen. Es wurde beschlossen, eine Abordnung an das Wirtschaftsministerium in Dresden zu entsenden, um die Forderungen dort vorzubringen.

Fehlbetrag bei der Sächsischen Staatseisenbahn

Die Sächsische Staatseisenbahnverwaltung hat, wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, in diesem Jahre bereits einen Vorschuß von 105 Millionen Mark aufnehmen müssen; aufs ganze Jahr berechnet, läßt dieses Ergebnis der ersten sieben Monate einen Fehlbetrag von annähernd 200 Millionen Mark erwarten. Im vergangenen Jahre betrug der Fehlbetrag etwa 70 Millionen Mark. In früheren Jahren hat die Sächsische Eisenbahnverwaltung ständig Ueberschüsse in Höhe von 20 bis 60 Millionen Mark jährlich erzielt.

Einschränkung des Zugverkehrs

Da neuerdings wiederum in oberschlesischen Kohlenbezirken Ausstände der Arbeiter eingetreten sind, wird die ohnehin außerordentlich ungünstige Versorgung der sächsischen Staatseisenbahn mit Kohlen so verschlechtert, daß bereits für die nächsten Tage mit einer weitgehenden Einschränkung des Zugverkehrs, insbesondere der Personenzüge, gerechnet werden muß.

— **Chemnitz**, 12. August. Abgesehen von Verhöhnungen und anderen Belästigungen, denen die hier befindlichen Truppen in einzelnen Fällen bedauerlicherweise noch ausgesetzt gewesen sind, ist auch der heutige Tag ruhig verlaufen. Im benachbarten Niederwiesa fühlten sich 15 Arbeiter veranlaßt, in den Streik zu treten, weil bei ihrem Fabrikdirektor ein Offizier einquartiert ist. Zur Verhütung mißbräuchlicher Benutzung wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Plünderungen am Freitag auch Waffenscheine, andere militärische Ausweise und Grenzjägerabzeichen in die Hände unverantwortlicher Elemente gefallen sind.

— **Leipzig**, 12. August. Die Leipziger Straßenbahner haben beschlossen, den am 30. September ablaufenden Lohntarif Ende des Monats zu kündigen und neue Lohnforderungen zu stellen. Sie verlangen eine einmalige Teuerungszulage von 500 Mk. und haben zur Durchsetzung ihrer Forderung die Vermittlung des Amtes angerufen. Dieser hat jedoch erklärt, daß nach Angabe der Direktion die einmalige Teuerungszulage einen Mehrbedarf von zwei Millionen Mark erfordern würde, sodaß eine neue Fahrpreiserhöhung notwendig wäre, die dem Leipziger Publikum nicht zugemutet werden könne.

— **Freiberg**, 12. August. Die Errichtung einer Kraftverbindung von Freiberg nach Frauenstein ist seitens der Staatsregierung in Aussicht genommen. Die Staatsregierung stellt als Bedingungen den Verzicht auf Vergütung des Staates zu den Unterhaltungskosten der betreffenden Wege, die Gewähr, daß die Einnahmen nicht nur die Ausgaben sondern auch die 10—12½ Prozent betragenden Abschreibungskosten decken und die kostenlose Stellung einer Wagenhalle mit Werkstatt, Lagerraum und Aufenthaltsraum sowie eine Wohnung für den Betriebsleiter. Die Stadtgemeinderat zu Frauenstein hat sich mit den Bedingungen unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß der Bezirk einen Teil der Kosten übernimmt, und nach und die übrigen Gemeinden den Bedingungen beitreten.

Aus Dresden

— **Lebensmittelkartenbelieferung für die Stadt Dresden** siehe „Amtliche Bekanntmachungen".

— **Verteilung von ausländischem Einmachzucker.** Das sächsische Landeslebensmittelamt ist es gelungen, fertigen Verbrauchszucker aus Böhmen für die sächsische Bevölkerung anzukaufen. Es werden ungefähr 1,5 Pfund Einmachzucker auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden können. Die Anweisungen an die Einmachverbände werden sofort nach Eingang des Zuckers mit größter Beschleunigung erfolgen. — In einem Teile der Presse wird von einer Mitteilung des sächsischen Wirtschaftsministeriums berichtet, wonach seitens der Reichszentralstelle Verhandlungen über den Ankauf von Zucker in Schweden schweben sollen. Das Wirtschaftsministerium hat eine dahingehende Mitteilung nicht erlassen; von einem Ankauf von Zucker in Schweden ist hier nichts bekannt.

—* **Zum Reichsbeauftragten für Auswandererberatung** wurde mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums der bisherige langjährige Leiter der öffentlichen Auskunftsstelle für Auswanderer in Dresden, **M. Hans Klässek**, ernannt und ihm die Leitung der bei der Kreishauptmannschaft Dresden errichteten Zweigstelle des Reichswanderungsamtes übertragen. Dem Leiter steht ein Beirat zur Seite, dem Hauptmann der Schutztruppe **Winkler** (Westafrika) als Vorsitzender und u. a. **Dr. Mann** (Südafrika), **Löer** (Ostafrika) und **Dr. Preuße-Sperber** (Süd- und Mittelamerika) als Mitglieder angehören. **Die Anschrift lautet: Reichswanderungsamt, Zweigstelle Dresden, Landhausstraße.**

—* **Zum Dresdner Gärtnerstreik.** In dem vom Ausstand betroffenen Gärtnereibetrieben ist seit Montag früh die **Arbeit wieder aufgenommen worden, trotzdem die Streitigkeiten noch nicht endgültig beigelegt sind. Vorläufig haben sich die Arbeitgeber zur sofortigen Gewährung einer Lohnzulage bis 30 Prozent verpflichtet, womit die Streikenden jedoch nicht zufrieden sind. Ein weiterer** Streitpunkt ist die Lohnnachzahlung und Mitbestimmungsrecht der Betriebsausschüsse bei Entlassungen infolge Arbeitsmangels. Ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses am 14. d. M. soll die endgültige Entscheidung bringen.

—* **Der Autoomnibusverkehr Dresden—Dippoldiswalde** wird von diesem Mittwoch ab wieder aufgenommen, und zwar zunächst Mittwochs, Sonntags und Montags.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

§ **Dresden-Joh.** Donnerstag, den 14. August, Wanderabend der Gesangsabteilung des Kathol. Arbeitervereins „St. Joseph" nach Strehlen. Treffpunkt ½8 Uhr am Waldersee-platz. Vollzählige Beteiligung erwünscht. Gäste herzlich willkommen. Schon heute wird auf den am 31. August stattfindenden Familienabend im Saale des „Kurhauses" Blasewitz, Seidnitzer Straße, aufmerksam gemacht. Karten sind schon jetzt bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

§ **Dresden-Altstadt.** Marienverein. Wir teilen unseren Mitgliedern mit, daß am Freitag, den 15. August (Mariä Himmelfahrt), abends um ½8 Uhr in der Schulkapelle, Grünestraße 1, I., Andacht stattfindet. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

§ **Dresden.** Kath. Frauenbund. An den Vorarbeiten für den Ende September in Dresden stattfindenden Katholikentag müssen sich auch die kathol. Frauen Dresdens in eifriger Weise betätigen. Es gilt Werbearbeit für rege Beteiligung zu leisten und für die Unterbringung der auswärtigen Teilnehmer zu sorgen. In der zweiten Hälfte des August wird der Frauenbund zu diesem Zweck eine Vorstands- und erweiterte Ausschußsitzung einberufen. Da beim Katholikentag auch eine Delegiertenversammlung der Zweigvereine und angeschlossenen Vereine Sachsens geplant wird, ist eine Vorbesprechung dringend nötig und hoffen wir, daß alle Vorstands- und Ausschußmitglieder, die noch besonders geladen werden, vollzählig erscheinen.

* **Wechselburg.** Am 15. August sind es 50 Jahre, daß Wechselburg regelmäßig kathol. Gottesdienst hat. Aus diesem Anlaß wird der hochwste. Herr Bischof die Wechselburger Gemeinde mit seinem Besuche beehren und Mariä Himmelfahrt ein feierliches Pontifikalamt halten. Für die Nachmittagsstunden ist eine weltliche Feier vom Verein Kathol. Kasino geplant. Wechselburg, daß ohnehin für die sächsischen Katholiken ein großer Anziehungspunkt ist, darf für diesen Tag auf zahlreichen Besuch rechnen. Der hochwste. Herr Bischof wird Gast Sr. Erlaucht des Grafen Schönburg sein.

Die Nationalversammlung

Am Regierungstisch: Müller, Erzberger, Bell.

Die Zurückhaltung der Gefangenen

Abg. v. Gräfe (Deutschnat.) fragt unter Bezugnahme auf Pressenachrichten: Ist die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Vorbereitungen tatsächlich zu einer raschen Rückkehr getroffen, namentlich, welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu machen?

Reichsminister des Aeußern Müller: In einem Teil der Presse ist in den letzten Tagen wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, die Regierung habe nicht alles getan, was zu tun möglich war, um die schnelle Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zu erreichen. Diese und ähnliche Behauptungen haben sich zu Angriffen gegen die Regierung verdichtet, die zur Rechtfertigung [illegible] und [illegible] Maßnahmen der [illegible] Regierung [illegible] kann es [illegible] nicht glauben, daß sich [illegible] Verhandlungen [illegible] in Verzug in [illegible] [illegible] Kriegsgefangenen [illegible] und die Regierung [illegible] nicht über die Mittel und nicht über die Mittel, um die Leidenszeit der Kriegsgefangenen abkürzen zu können. In den Tagungen, die am 1. August mit den Vertretern der Vorverhandelnden und assoziierten Mächte in Paris stattfanden, hat der deutsche Vertreter, Frhr. v. Lersner, neuerlich darum gebeten, endlich auf die Kriegsgefangenenfrage einzugehen. Minister Loucheur hat versprochen, dem Präsidenten Clemenceau sofort Vortrag hierüber zu halten. Die Reichsregierung wird nach wie vor aufs äußerste bemüht sein, den Hunderttausenden unglücklichen Familien Männer und Söhne so schnell wie möglich wiederzugeben. Es gibt keinen Partei- und keinen Finanzstandpunkt in dieser Frage des Volkes. Diese Erkenntnis wünscht die Reichsregierung aber auch denen, die sich nicht scheuen, parteipolitische Agitationen mit dem Leiden und dem Schicksal unserer Kriegsgefangenen zu treiben. Mit dem Schmerz verzweifelter Angehöriger will sie nicht rechten, so ungerecht manchmal diese Ausdrücke sind, aber politische Ausschlachtung dieses nationalen, gemeinsam zu tragenden Unglückes weist sie mit Entrüstung von sich und weiß sich eins mit all den Kreisen des Volkes, denen das Schicksal unserer Kriegsgefangenen warm und uneigennützig am Herzen liegt. (Stürmischer Beifall b. d. Mehrheitsparteien.)

Es folgt die erste Beratung der großen Finanzgesetze.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Das Haus und das deutsche Volk haben ein Recht, mehrere Fragen beantwortet zu hören: Was ist und was muß und wie wird es werden? Was ist? Das größte Finanzelend, das die Welt je zu sehen bekam! Was werden muß? Baldigste Ordnung unseres gesamten Finanzwesens in Reich, Ländern und Gemeinden und ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im großen und kleinen. Wie soll es werden? Wir müssen Abschied nehmen von manchem Alten, Liebgewordenen, ein durchdachtes Steuersystem aufstellen, einheitliche Erfassung aller Steuerquellen, Gerechtigkeit auf der einen Seite, Gewissenhaftigkeit auf der andern Seite. Nur unter diesen Voraussetzungen können wir hoffen, daß Deutschland bewahrt bleibt vor dem schwersten Unglück, dem Staatsbankrott, der hier ein Volksbankrott ist. Das Kennzeichen der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage ist die ungeheure Flüssigkeit des deutschen Volksvermögens. Zwei Forderungen müssen noch erfüllt werden, die finanz- und volkswirtschaftlich von größter Bedeutung sind: Wir müssen sofort mit aller Beschleunigung an die Schaffung einer deutschen Handelsflotte herangehen in engster Zusammenarbeit mit den Personen und Gesellschaften, die hier bisher bahnbrechend waren. Wir müssen sodann ebenfalls mit größter Beschleunigung unseren Auslandsdeutschen mit Reichsvorschüssen zu Hilfe kommen. Schon die nächste Woche wird eine betreffende Vorlage an die Nationalversammlung bringen. (Beifall.) Endlich muß unser Bevölkerungsstand erleichtert werden. Ein verschuldeter Bevölkerungsstand ist der Anfang des Ruins für das Land, ein unverschuldeter aber eine sehr gute Kapitalsanlage.

25 Milliarden neue Steuern müssen aufgebracht werden. Das Höchstmaß, das ein Kriegsjahr an Anleihen aufbrachte, waren 25 Milliarden; dieses Höchstmaß muß jetzt das Volk Jahr für Jahr an Steuern aufbringen, um zu gesunden. Von einem Staatsbankrott würden gerade die unteren Schichten des Volkes am allerhärtesten getroffen werden. Bei einem vollendeten Staatsbankrott würden rund zwei Drittel des gesamten Privatvermögens vernichtet werden und die gesamte Wirtschaftsmaschine zum Stillstand kommen, und das arbeitende Deutschland würde hungern. Natürlich haben wir infolge der ungeheuren Ausbeuterei der deutschen Volkswirtschaft mit vielen unbekannten Größen zu rechnen. Einnahmewirtschaftlich ist der Etat noch immer nicht abzuschließen. Noch immer müssen wir für die großen Kriegsaufwendungen und dazu treten die Riesenkosten für die Demobilisierung und für die Entlassenen in der Heimat. Auch dieses Problem muß gelöst werden.

[illegible] Regierung und Kommunen [illegible] Kriegsfolgen [illegible] Milliarden [illegible] Jahr [illegible] Milliarden [illegible] Milliarden [illegible] Die 100 Milliarden Kriegsanleihe kann mit niemand [illegible] die Bande ist nur in [illegible] Zeit [illegible] Die Depositengelder auf den Banken [illegible] Zinsen und Monatsgeld in der Reichsdruckerei zur Herstellung von Banknoten. Dann aber würde der Reichsmark bald so sein, wie die Mark nur noch 10 Pf. wert sein würde.

Dann müßte Meßrecht erarbeitet werden gegen die Kapitalflucht. Es hat sich gezeigt, eine organisierte Kapitalflucht. Es hat sich gezeigt, eine organisierte Steuerflucht entwickelt. Aus Zürich ist mir ein Inserat geschickt worden: „Gesetzes Vermögen von Deutschland nach der Schweiz besorgt ein Schweizer Herr unter Garantie." Der Mann, der dieses Inserat erlassen hat, ist ein Lebemann und Hochstapler, und ich werne jeden Deutschen, ihm auch nur einen Pfennig anzuvertrauen. Durch